

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Einzelpreis beträgt bei treuer Zahlung ins Haus M. 1,50 für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Polbezug nehmen Deutsche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen liegen die Preise für Belgien, Frankreich, das Saar- und Rheingebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete, Polen und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die Jahrgangspreise: Kommodelegierte oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wochen-Anzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Leipziger Schwurzeugen

Hochverräter Ludendorff

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 13. Dezember.

Entgegen der eidesichen Aussage Ludendorffs vor dem Reichsgericht, daß er vom Rapp-Putsch nichts gewußt habe, erinnert die „Münchener Post“ daran, daß im vorigen Jahre ein Berliner Blatt über den Rapp-Putsch schrieb:

„Ein sozialdemokratischer Stadtrat aus Homburg war ohne Ahnung von den Dingen nach Berlin gekommen, um mit den Behörden zu verhandeln. Er fand alle Türen geschlossen, das Telefon gesperrt. Er erfuhr, daß er vom Reichsmarineamt Gelegenheit erhalten könnte, nach Homburg zu telephonieren. Er begab sich dorthin und erhielt von den dort weilenden Offizieren die nötige Erlaubnis. Als sie erfuhr, daß er Sozialdemokrat sei, redeten sie lebhaft auf ihn ein, um ihn für ihre Sache zu gewinnen. Da öffnete sich die Tür, und es erschien, von einem dienstfreien Untergebenen herbeigeholt, General Ludendorff. Er nahm lebhaft Anteil an der Unterredung und sagte schließlich zu dem sozialdemokratischen Stadtrat: „Wir haben die Sache mit Rapp nur gemacht, weil wir annahmen, daß er ein Mann mit eisernen Nerven sei. Zeigen Sie uns einen solchen Mann aus Ihren Reihen, und wir machen die Sache heute mit Ihnen.“

Diese stichhaltige Behauptung ist ein neuer Beweis dafür, daß Ludendorff unbedingt auf die Anklagebank gehört.

Die stillen Teilhaber

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 13. Dezember.

Der allmächtigste Zeuge war heute der Pfarrer Traub, der „Kultusminister“ der Rappzeit, der in seinem Bestreben, die Angeklagten zu entlasten, sich zu der Behauptung verstieg, sie hätten den sogenannten Kabinettsitzungen als stille Teilhaber oder als stille Beobachter beigewohnt. „Wie alle haben uns nicht beteiligt“, fuhr er in seinem Eifer fort, wonach also die berühmte Schwachhube, als die andere Zeugen die Kabinettsitzungen geschildert hatten, außer Rapp eigentlich nur stille Teilhaber gehabt hätte. Natürlich ist Traub auch sonst nur stiller Teilhaber gewesen. Er kennt Rapp zwar schon seit 1917 (hier positierte dem Präsidenten der drohliche Vaprus, daß er fragte, ob Rapp damals schon Umsturzpläne gehabt hatte), aber er hat von seinen Plänen

keine Ahnung gehabt. Erst am 12. März hat er davon erfahren. Daß er den Rapp-Putsch als ein Unternehmen zur Herstellung der angeblich gebrochenen Verfassung hielt, versicherte er ernstlich.

General Marder ist vom Schlag der „verfassungstreuen“ Offiziere, aber er hat sich noch besser als die Hülsen und Doen die Hintertür freigehalten, indem er die Befehlsgewalt Lüttich nur für Maßnahmen zum Zwecke der Ruhe und Ordnung“ anerkannte. Ihm ging die Pflicht, den „Bolschewismus“ zu bekämpfen und die Armee dafür bereit zu halten, natürlich über den Verfassungseid. Daß Roste und Bauer vor ihm nicht den Mut hatten, für die Generalfreikampfspazole einzutreten, ist immerhin bemerkenswert. Nicht minder, daß der General ein förmliches Programm für einen eventuellen Umsturz entworfen und den Obersten Bauer, der ihn 1919 zum Treubruch verleiten wollte, ganz ungeschoren ließ.

Die Aussagen des Geheimrats Doná — auch einer der ahnungslosen Kappisten — werfen ein Scheinwerferlicht auf die politischen Gedanken, die Herr Südekum in den Kapptagen produziert hat. Südekum wollte Rapp als Minister und Hindenburg als Reichspräsidenten schlucken, wenn nur die unangenehme Affäre beendet würde. Die Aussagen des Ministerialdirektors Meißner und des Unterstaatssekretärs Albert haben einige unangenehme Belastungspunkte für Jagow zutage gebracht. Er ist danach doch viel mehr Handelnder gewesen, als er jetzt zugeben will. Er konnte es sich nicht verkneifen, sich beim Eindringen in die Reichskasse durch höhnische Zwischenrufe bemerkbar zu machen, und er hat zweifellos die Initiative zur Aufstellung einer lappistischen Sicherheitswehr in Harburg, Altona usw. ergriffen. Ein Telegramm beweist das. Auch der Angeklagte Wangerheim hat heute einige schwarze Augenblicke. Die Aussagen Dops und namentlich Marders ergaben, daß er sehr unvorteilhaft mit dem Lieferstreik der Landwirte gedroht hat.

Die sonstigen Aussagen des Tages liefern einige kleine Striche zur Geschichte der Kapptage. Es war nicht uninteressant, den Postminister für einige Stunden, den Oberpoststrat Sankten, dem sofort die Fäße kalt wurden, auf dem Zeugenstand zu sehen, ebenso den bekannten Korruptionsbekämpfer Dr. Bredered, der beinahe Presseschef geworden wäre, und ähnliche kleine Säulen der Kappisten. Die Aussage des ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten Hirsch ergab mit Gewißheit, daß er wenigstens den Kappisten reinen Wein über die Amnestiefrage eingeschenkt hat. (Siehe auch Seite 3).

Helfferich einst und jetzt

In der deutschen Notenproduktion wird jede Woche ein neuer Rekord aufgestellt. Unaufhaltsam schwillt der Papiergeldumlauf an. In der ersten Dezemberwoche hat sich der Notenumlauf der Reichsbank um 1846 Millionen Mark auf 102 789,6 Millionen Mark erhöht; in derselben Zeit ist der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 278,7 auf 7608,3 Millionen Mark gestiegen. Insgesamt sind also 2124,7 Millionen Mark neue Papierzettel in den Verkehr geflossen, gegen 307,8 Millionen Mark vor einem und 994 Millionen Mark vor zwei Jahren. Der gesamte Papiergeldumlauf ist damit auf rund 110 1/2 Milliarden Mark angewachsen. Es ist der schon oft genug erörterte Kreislauf, der hier in die Erscheinung tritt und der seinen Ausgang genommen hat von der (sanftlösen) Finanzwirtschaft während des Krieges. Auswanderung des Reichs und der konsumierenden Bevölkerung, fortgesetzte Erhöhung der Steuerleistungen besonders für die breiten Massen, die dadurch hervorgerufenen, freilich nur langsam und ganz unzulänglich folgenden Lohn- und Gehaltserhöhungen, Ausgabe neuen Papiergeldes, wiederum Preissteigerungen: das ist die Kette, die sich würgend um die werktätige Bevölkerung schlingt.

Die kapitalistischen Kreise, deren realer Besitz durch die Geldentwertung nicht berührt wird, der im Gegenteil sich dabei noch unausgesetzt steigert, versuchen jeder neuen Lohnforderung mit der läugerischen Behauptung zu begegnen, daß die Steigerung der Arbeitslöhne die Papiergeldhochflut erst recht fördere. Dabei spielt sich der Vorgang gerade umgekehrt ab; erst infolge der Geldentwertung, die in der Steigerung aller Lebensbedürfnisse zum Ausdruck kommt, sind die Arbeiter und Angestellten gezwungen, neue Lohnforderungen zu stellen. Und dabei kommen sie regelmäßig zu spät. Zwischen der Verschlechterung der Marktwährung und der Erhöhung der Löhne liegt immer eine verhältnismäßig lange Zeitspanne, in der das reale Arbeitseinkommen sich beträchtlich senkt. Ist die Lohnherhöhung endlich durchgesetzt, so hat in der Regel schon eine neue Preissteigerung begonnen, die zu neuen Lohnkämpfen herausfordert. Dieser Vorgang hat sich in den letzten Jahren so oft wiederholt, daß er jedem Lohn- oder Gehaltsempfänger wohl bekannt ist.

Zu den Hauptschuldigen an diesen Verhältnissen gehört Herr Dr. Karl Helfferich, der Führer der Deutschen nationalen Partei. Er hat während des Krieges als einer der höchsten wilhelminischen Würdenträger den Gegnern Deutschlands zugerufen, sie möchten die Milliarden der Kriegskosten durch die Jahre schleppen, nicht wir. Zugleich aber hat er als Steuerkünstler dafür gesorgt, daß diese Milliarden, die damals noch wenige Goldmilliarden waren, heute aber zu Hunderten von Papiermilliarden angewachsen sind, dem deutschen Volke aufgeladen wurden. Dieser selbe Helfferich versucht heute, die Spuren seiner unheilvollen Tätigkeit während des Krieges dadurch zu verwischen, daß er die republikanische Staatsform für das Finanzjenseit unserer Tage allein verantwortlich macht. Er bemüht sich dazu nach Kräften, die Steuervorlagen der Regierung so zu gestalten, daß der Besitz geschont, die minderbemittelte Bevölkerung dafür um so mehr belastet wird. Auch Helfferich findet man heute unter jenen Leuten, die in der gewöhnlichsten Weise gegen die Forderung der Arbeiter auf Annullierung ihres Einkommens an die so maßlos gestiegenen Kosten für den Lebensunterhalt auftreten.

Es gab aber eine Zeit, in der dieser gleiche Helfferich eine ganz andere Meinung von den Problemen hatte, die er heute vom Standpunkt des politischen-Geschäftemachers betrachtet. Das war in der Mitte der neunziger Jahre, als er sich theoretisch und noch nicht praktisch mit den Fragen des Geldes und des Geldmachens beschäftigte. Im Jahre 1895 erschien von ihm eine kleine Schrift, „Die Währungsfrage“. Darin schreibt er über die Veränderungen der Geldwerte und der Warenpreise:

Der zweite Punkt, welcher bei Versuchen zur Ermittlung der Geldwertveränderungen nicht übergangen werden darf, ist folgender: es dürfen nicht die Warenpreise allein zu Rate gezogen werden; denn eine Änderung des Geldwerts müßte auch die Arbeitslöhne beeinflussen. Die Arbeitskraft ist in unserer Wirtschaftsverfassung auch eine „Ware“, und zwar die wichtigste. Ferner wohnt gerade den Arbeitslöhnen eine gewisse Tendenz zur Wertbeständigkeit inne, und zwar entschieden eine stärkere, als allen anderen Waren. Die Arbeitslöhne sind nämlich der bedeutendste Faktor in den Produktionskosten der meisten Güter; steigen die Arbeitslöhne, dann steigen auch die Produktionskosten, und deshalb muß sich jede Veränderung des Arbeitslohnes ohnedies in den Preisen der meisten Waren ausdrücken. Die weiteren Umstände aber, welche überdies noch Preisveränderungen der Waren herbeiführen können, wie technische Verbesserungen in der Produktion usw. treffen nur die Güterpreise, während der Arbeitslohn von diesen Verhältnissen unberührt bleibt. Deshalb kommt den Arbeitslöhnen für die Ermittlung der Geldwertschwankungen eine größere Bedeutung und Beweiskraft zu als den Warenpreisen.

Man darf aus diesen Erörterungen aber nicht etwa schließen, daß Helfferich der Meinung war, erst die Steigerung

Das Ergebnis von London

Eine Milliardenanleihe in Sicht

EE. Paris, 13. Dezember.

Der „Intransigant“ schreibt heute abend: Die Mission Rathenau in London ist keineswegs zwecklos gewesen. Demnach wird mit vollem Einverständnis der Alliierten eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollars zur Ausgabe gelangen. Diese Anleihe soll 7 Prozent Zinsen tragen, steuerfrei sein und in 50 Jahren amortisiert werden. Sie wird von der Reparationskommission ausgegeben und überwacht werden. Alle Alliierten, assoziierten, neutralen oder ehemals feindlichen Länder können sich an dieser Anleihe beteiligen. Jede Regierung solle angeben, in welcher Höhe ein Teil dieser Anleihe in ihrem Lande placiert werden könne. Der Anteil jedes einzelnen Landes würde, seiner jeweiligen Währung entsprechend, bezahlt werden. Sollte die Anleihe überzeichnet werden, soll das Verhältnis des Anteiles der einzelnen Länder einzeln festgesetzt werden. Ein Zehntel oder auch ein Achtel der Anleihe soll sofort hergegeben werden, damit die für die Zeichnung eingehenden Summen zur Bezahlung der im Januar und Februar fälligen Raten verwendet werden können. Als Sicherheit sollen die deutschen Zolleinnahmen dienen. Durch Ausgabe und Begünstigung dieser Anleihe würde Deutschland zusammen mit seinen Naturalleistungen in zwei Jahren die Forderungen der Alliierten befriedigen können. Das Ergebnis der Anleihe würde nach dem in Voulagne bestimmten Prozentsatz unter die einzelnen Alliierten verteilt werden, so daß auf Frankreich davon 52 Prozent entfallen würden. Die Frage der Naturalleistungen im Sinne des Wiesbadener Abkommens und die Frage der Priorität würden Gegenstand besonderer Verhandlungen unter den Interessenten einerseits und der Reparationskommission andererseits sein. Das Abkommen soll dem „Intransigant“ zufolge, unter den Hauptinteressenten fast völlig durchberaten worden sein.

Der belgische Finanzminister Theunis ist von seinen Behauptungen mit Loucheur außerordentlich befriedigt. Die ganze Frage der Reparationen sei geprüft worden. Es handelte sich dabei nicht nur um die Jahreszahlungen vom Januar, sondern auch um die späteren. Wie Theunis dem Brüsseler „Temps“ Korrespondenten gegenüber äußerte, erkennt er das Wort Mora-

torium nicht an. Es seien bereits verschiedene Lösungen in Aussicht genommen. Es handle sich nur darum, unter den Alliierten zu einem Einvernehmen zu gelangen. Es werde eine internationalisierte Konferenz abgehalten werden, sobald Briand und Lloyd George einander begegnet sind. Dabei werde auch die Frage der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit erörtert werden. Es stehe bereits jetzt fest, daß Deutschland am 15. Januar zahlen müsse.

EE. London, 13. Dezember.

Die „Morning Post“ schreibt: Rathenau habe zwar aus London keinerlei bestimmte Vorschläge oder Anregungen nach Berlin mitgenommen, doch scheint von den Alliierten irgendein Plan angenommen werden sollen, der den Zahlungsfähigkeiten Deutschlands Rechnung trägt. Ein Moratorium im eigentlichen Sinne soll, wie man in gewissen offiziellen englischen Kreisen erklärt, nicht gewährt werden.

Der Reichszanzer über die politische Lage

Berlin, 13. Dezember

Im Reparationsauschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe beriet, ergriff der Reichszanzer das Wort, um in vertraulichen Ausführungen einen Ueberblick über die gesamte politische Lage zu geben. Seine Darlegungen gipfelten in dem Hinweis, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussion geworden sei. Es sei jetzt von Bedeutung, daß diese Erörterung fortgesetzt und vertieft werde. Was Deutschland betreffe, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereit halten. Der hachenburgische Gelehenwurf biete anscheinend eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zur positiven Mitarbeit an der Lösung dieser deutschen Lebensfrage zu befähigen. Die Ausführungen des Reichszanzlers fanden lebhaften Beifall. Dann trat der Ausschuh in die sachliche Beratung der Vorlage ein. Die Sitzung des Reparationsauschusses ist kurz nach 1 Uhr zu Ende gegangen, ohne daß Dr. Rathenau selbst über das Ergebnis seiner Londoner Besprechungen Bericht erstattet hätte.

er Arbeitslöhne verursache die Erhöhung der Warenpreise. Schon in normalen Zeiten vollzieht sich der Vorgang umgekehrt, heute hinken die Lohnrückführungen den Preissteigerungen immer sehr stark nach. Der Unternehmer kalkuliert allerdings bei jeder neu einsetzenden Geldentwertung in die Warenpreise schon jene Lohnsteigerung ein, die erst kommen wird, und gerade dadurch vermag er die ungeheuren Gewinne zu erzielen, die besonders deutlich in den Bilanzen der Aktiengesellschaften zum Ausdruck kommen, wenn deren Leistungen es nicht vorziehen, die Gewinnausschüttung in verletzten Formen vorzunehmen. Auch das hat damals im Jahre 1895 Helfferich genau gewußt. Er schreibt darüber das Folgende:

„Eine weitere allgemein anerkannte Folge der Geldentwertung ist eine Steigerung der Warenpreise und des Unternehmergewinns. „Jeder verdient“, sagt Trendl, aber eigentlich dürfte er nur sagen, jeder Unternehmer verdient, denn während er den Rohstoff verarbeitet, wächst dessen Wert, so daß die fertige Ware mehr gilt, als kalkuliert war“. Dieser Gewinn wäre jedoch nur ein scheinbarer, denn während der Produzent für seine Waren einen höheren Preis erzielt, muß er auch alle anderen Waren, seien es benötigt, teurer kaufen. Aber es kommt noch etwas anderes in Betracht. Der Arbeitslohn hat eine gewisse Neigtheit mit einem festen Gehalt. Er bequemt sich nicht sofort dem sinkenden Geldwert und den gestiegenen Warenpreisen an, sondern folgt denselben erst allmählich; das geben auch die Bimetallisten zu. Daraus folgt nun, daß die Unternehmer ihre Waren bei eintretender Geldentwertung höher verkaufen können, als es ihnen sonst möglich wäre, während sie ihre Arbeiter nicht sofort entsprechend höher entlohnen. Bis sich auch hinsichtlich des Arbeitslohnes ein Ausgleich vollzogen hat, ist daher der Unternehmer imstande, auf Kosten des Arbeitslohnes zu profitieren.“

Da der Arbeiter zunächst den gleichen Gehalt wie zuvor, während die Waren, auf welche er zu seinem Lebensunterhalt angewiesen ist, im Preise steigen, wird die Lebenshaltung des Arbeiters durch die Geldentwertung herabgedrückt, und es bedarf erst lebhafter Anstrengung der Arbeiter, eventuell Streiks, um die Löhne entsprechend dem gesunkenen Geldwerte zu erhöhen.“

Einmal und jetzt! Helfferich, der Nationalökonom und Theoretiker der Geld- und Währungsprobleme, weiß genau, daß unter der Geldentwertung am allerschwersten die Arbeiter und Angestellten zu leiden haben, während die Unternehmer daraus besondere Vorteile ziehen. Und er findet es ganz in der Ordnung, daß die Arbeiter durch Streiks eine Anpassung des Lohnes an die Verteuerung der Warenpreise zu erkämpfen suchen. Helfferich, der deutschnationale Sozialist und kapitalistische Preisfechter, dagegen versucht so heute so darzustellen, als ob die bestehenden Kreise von den heutigen Verhältnissen besonders schwer getroffen werden und daß daher nichts anderes zu tun sei, als die Lasten des Staates bis auf einen Anstandsrest auf die minderbemittelte Bevölkerung abzuwälzen.

Wir aber stimmen heute noch dem Theoretiker Helfferich zu, der deutlich nachgewiesen hat, daß von der Geldentwertung die Vermögenssubstanz nicht angetastet wird. Und darum muß erst recht die Forderung erhoben werden: Heranziehen der Sachwerte, Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Wirtschaft, Befreiung der Arbeiterklasse von den sie zu Boden drückenden Folgen der Geldentwertung!

Neues Steigen der Devisenkurse

Der Dollar, der am Montag amtlich mit 165 notiert wurde, ist der Nachmittag über bis auf 150 zurückgegangen war, stieg gestern wieder auf 188. Auch die anderen Devisenkurse verzeichnen eine Besserung. So ging das englische Pfund von 680 auf 791, der holländische Gulden von 61,43 auf 67,18, die dänische Krone von 31,81 auf 36,21, die tschechische Krone von 2,02 auf 2,20 in die Höhe. Diese neue Kurssteigerung wird mit einem Bericht in Zusammenhang gebracht, wonach Rathenau in London nicht viel erreicht habe, und daß die Bedingungen für die Bewilligung eines Moratoriums und für den Abschluß einer Anleihe so schwer seien, daß sie die Regierung unmöglich annehmen könne. Zugleich wird berichtet, daß das Ausland keine Marktläufe mehr vornehme, während im Inlande größerer Bedarf nach ausländischen Devisen eingetreten sei.

Der neue preussische Etat

Neunundzwanzig Milliarden in Einnahme und Ausgabe

Der preussische Staatshaushaltsplan für das Jahr 1922 ist soeben fertiggestellt und dem Staatsrat vorgelegt worden. Der Etat schließt mit 29 131 289 882 Mark in Einnahme und Ausgabe ab. Im Vorbericht wird bemerkt, daß die Abschlußfiguren des vorliegenden Haushalts sich auf etwa das Siebeneinhalbfache des letzten Friedenshaushalts von 1914 belaufen. Da der Wert der Mark im Inlandsverkehr gegenwärtig auf etwa den fünfzehnten Teil des damaligen Standes gesunken sei, so lasse sich daraus schlußfolgern, daß die Haushaltsanfrage der Geldentwertung erst zur Hälfte gefolgt seien und Einschränkungen im weitesten Umfange gegenüber dem Friedensbedarf stattgefunden hätten. Ueber den Einfluß der Geldentwertung auf die Gestaltung des Etats wird dann ausgeführt:

„Solange die Entwertung der deutschen Mark ständig zunimmt oder auch nur größeren oder geringeren Schwankungen unterliegt, ist es völlig unmöglich, die Ansätze im Haushaltsplan so zu bemessen, daß sie der Wirklichkeit möglichst nahe kommen. Bisheriges war in normalen Zeiten die Ausgabe jeder geordneten Finanzverwaltung sein. Kann man ihr, wie gegenwärtig, nicht gerecht werden, so bleibt nur übrig, bei der Bemessung der Haushaltsansätze einzuweichen und bis der Markkurs wieder eine gewisse Stabilität erlangt hat, die größte Vorsicht walten zu lassen und insbesondere durch angemessene Ausgestaltung des Extraordinariums die Möglichkeit zu schaffen, gegebenenfalls den Haushaltsplan leichter als es sonst möglich sein würde, der veränderten Finanzlage des Staates anzupassen.“

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß in dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung bereits eine Einnahme von 148 Millionen Mark gebucht ist, die aus der Steuer vom Grundvermögen der Staatsklasse zufließen soll. Es handelt sich hierbei um den voraussichtlichen Ertrag der neuen Grundsteuer, deren Entwurf vom Staatsrat bereits abgelehnt worden ist, die aber jetzt dem Landtage zugegangen ist. Im einzelnen wird dann erwähnt, daß die Domänenverwaltung gegenüber dem Vorjahr einen Mehrüberschuß von rund 9 Millionen, die Forsten einen Mehrüberschuß von 35 Millionen erbringen, während die Geheute einen Mehrüberschuß von 7,7 Millionen Mark verzeichnen. Die Lotterie erbringt 7,2 Millionen Mark Mehrüberschuß, die Preussische Staatsbank einen Mehrüberschuß von 7,7 Millionen, die Bergwerke, Häfen und Salinen erbringen 13,3 Millionen Mark Mehrüberschuß, während der Reichs- und Staatsangehöriger einen

Mehrüberschuß von 344 000 Mark und auch die Porzellanmanufaktur und das Gehejammlungsamt kleine Ueberschüsse erbringen sollen.

In der Nachkriegszeit wurde es zur Regel, die Etats der preussischen Staatsverwaltung im Eiltempo durchzupfeifen, so daß jede sachliche Beratung unmöglich war. Hoffentlich findet der Landtag jetzt die Zeit, den neuen Etat gründlicher als bisher durchzuberaten. Obwohl die Regierung in ihrem Vorbericht davon spricht, sich die größten Beschränkungen bei den Ausgaben auferlegt zu haben, muß doch gründlich untersucht werden, ob sich die Ausgaben auch auf das Allernotwendigste beschränken. Diese genaue Prüfung wird sich vor allem bei dem Kapitel Edukapolizei notwendig machen, das beim letzten Etat so oberflächlich zusammengestellt war, daß sich niemand darin zurechtfinden konnte.

Neue Waffenfunde

Am 2. Dezember entdeckte die Arbeiterschaft des Städtchens Löwenberg in Schlefien bei dem Brauereibesitzer Edwin Hohberg ein geheimes Waffenlager. Dieses Lager wurde ein paar Tage vorher angelegt, und zwar wurden die Waffen des Rechts in einem Auto angefahren und in einer Wäschkammer umgeladen und dann in die Villa des Brauereibesitzers gebracht. Es wurden etwa 600 Infanteriegewehre und eine große Menge Maschinengewehre sowie Seitengewehre und andere Waffenteile gefunden. Die Waffen wurden beschlagnahmt und nach Glogau verladen, wo sie unter der Aufsicht der Arbeiter vernichtet wurden.

Einige Tage später wurde in Moio, einem Dorfe in der Nähe Löwenbergs, bei dem Ziegeleibesitzer Kruse ein zweites geheimes Waffenlager entdeckt. Die Waffen waren in zwei Kisten im Gesamtgewicht von etwa 19 Zentnern verpackt. Während bei der ersten Beschlagnahme der Arbeiterschaft eine Kontrolle über den Verbleib der Waffen zugestanden wurde, geschah dies bei der zweiten Entdeckung nicht. Die Waffen wurden von Polizeibeamten nach Liegnitz gebracht. Was dort mit ihnen geschehen ist, entzieht sich der Kenntnis der Arbeiter.

Unter diesen hat eine große Erregung Platz gegriffen. Löwenberg ist eine Stadt von 7000 Einwohnern, es kommt also schon nach den Beständen des ersten Waffenlagers auf jeden zehnten Einwohner ein verpacktes Gewehr. Der zweite Waffenfund war noch bedeutend größer. Außerdem ist sich die Arbeiterschaft darüber klar, daß die entdeckten Waffenlager nicht die einzigen sind, die die Reaktion in Niederschlesien angelegt hat. Aus diesen Gründen wünscht sie ein energisches Eingreifen der Regierung, das allerdings nach den bisherigen Erfahrungen nicht erfolgen wird, da nachgewiesenermaßen bisher noch kein einziger Waffenschieber der Reaktion unter Anklage gestellt worden ist.

Der Oppauer Massentod

Untersuchung durch den Reichsausschuß

Ueber den Stand der Untersuchung wird berichtet: Am 5. und 6. Dezember tagte in Ludwigshafen der Reichsausschuß zur Untersuchung der Oppauer Katastrophe. In dem verlesenen Gutachten wird die Frage, ob der Betriebsleitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik die Explosionsgefahr des Ammoniumsulfatpeters bekannt gewesen sei, verneint. Der Sprengstoff-Sachverständige Prof. Escheles-München geht von der Annahme aus, das Unglück sei auf die Sprengungen zurückzuführen. Er hält die Ermittlungen trotz der Versuchsergebnisse für explosionsgefährlich und bemängelt, daß das feishe Produkt und nicht das gelagerte und zusammengepackte Salz den chemischen Analysen bei der Untersuchung zugrunde gelegen hätte. Die Proben des gelagerten Materials hätten bei der Untersuchung einen höheren Nitratgehalt ergeben. Damit sei die Gefahr der Explosion erhöht.

Die Vertreter der Arbeiterschaft und der Arbeiterrat betonen mit Nachdruck, daß nicht, wie die Fabrikleitung behauptet, die Mischungen in den beiden Silos gleich gewesen seien und legen ein großes Gewicht darauf, durch das Afford- und Prämiensystem nicht gründlich gearbeitet und die Mischungen nicht sorgfältig genug hätten vorgenommen werden können. Im Verlauf der weiteren Untersuchung stellte sich heraus, daß die Anafosen der Chemisch-Technischen Reichsanstalt und der Badischen Anilin- und Sodafabrik sich widersprechen. Nach lebhaften Auseinandersetzungen wird neue Beweisaufnahme beschlossen.

Diese Feststellungen ergeben, daß die feinerzeit mit auf-fallendem Eifer vorgetragene Behauptungen der Oppauer Direktion, wonach die Explosionsgefährlichkeit des Stoffes als völlig unbekannt gelten sollte, nicht ungeprüft hingenommen werden durften. Es ist notwendig, daß die beschlossene neue Beweisaufnahme mit äußerster Gründlichkeit und Unparteilichkeit vorgenommen wird.

Die Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteuergesetz war am Dienstag Gegenstand von Beratungen im 11. Ausschuß. Es trat gleich zu Beginn der Sitzung klar zutage, daß von den Vertretern der kapitalistischen Parteien auch bei dieser Gelegenheit versucht wird, den Nachweis zu führen, daß bei früherer Heranziehung des Besizes zur Steuerleistung das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert würde, daß die direkten Steuern gegenüber den indirekten viel zu hoch seien usw. Vgl. Dr. Curtius (D. Vp.) und Dr. Fischer (Dem.) verlangen eine Neuherausgabe der Regierung, wie sie sich zur Stofflegung dieser Steuer stelle und zwar nach der Rentabilität und der Höhe der ausgeschütteten Dividenden im Verhältnisse zum jeweiligen Betriebskapital. — Staatssekretär Japp verteidigt die Regierungsvorlage. Dr. Helfferich bricht eine Lanze für die Aktionäre und empfiehlt eine Zusammenlegung von Körperschaftsteuer und Kapitalertragssteuer.

Genosse Herx anerkennt die Notwendigkeit der Kapitalneubildungen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Heute würde lediglich die ausgeschüttete Dividende erfaßt, nicht aber jene Beiträge, die in inandelter Weise wieder im Betriebe Verwendung finden. So seien im laufenden Jahre 16 1/2 Milliarden Mark Neuansgaben von Aktien zum Nennwert erfolgt, im November allen 5 1/2 Milliarden Mark. In den meisten Fällen handelt es sich um Kapitalverbesserungen mit dem Zweck, die Steuerleistung künstlich herabzusetzen. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung fühlt sich durch diese Art Steuerumkehrer gewaltig benachteiligt. Der Reichsverband der Industriellen hat in einem geheimen Rundschreiben empfohlen, nach Möglichkeit die Läden des Körperschaftsteuergesetzes auszunutzen.

Es liegen eine Anzahl Abänderungsanträge der Deutschen Volkspartei in diesem Gesetz vor. Einer dieser Anträge will auch die gemeinnützigen und öffentlichen Betriebe mit Ausnahme der Post und Eisenbahn, soweit sie gewerblichen Zwecken dienen, der Körperschaftsteuer unterworfen sehen. Hiergegen wenden sich in ziemlich heftiger Weise die Vertreter der preussischen und der bayerischen Regierung. — Genosse Herx betont, daß dieser Antrag eine verächtliche Anklage der bereits von den Reichsparteien bei früheren Gesetzesvorlagen gestellten Anträge darstelle. In gleichem Sinne äußert sich Abg. Kolkenbühr (Soz.). Auch Abg. Scholz (D. Vp.) macht im Gegensatz zu seinen Genossen den Vorkensler. Der Antrag wird mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, wonach die gemeinnützigen Sparkassen, die Bankgeschäfte betreibenden (Girozentralen), künftig der Körperschaftsteuer unterliegen.

Rentenabzug für die Unfallrentner

Liebesgabengehölz für die Arbeitgeber

Im Sozialen Ausschuß des Reichstages wurde am Montag ein Gesetzentwurf in der Unfallversicherung beraten. Nach dem Entwurf sollen die bisherigen Zulagen zu den Unfallrenten mit 50 und mehr Prozent mit Ende dieses Jahres in Fortfall kommen und künftig Zulagen nur bei Bedürftigkeit gegeben werden. Bedürftig soll sein, wenn Gesamteinkommen geringer ist als eine Rente, die nach einem Jahresarbeitsverdienst von 9000 M. berechnet ist. Bei einem um 100 Proz. Erwerbsbeschränkter wäre beispielsweise die Bedürftigkeitsgrenze 6000 M. jährlich, bei einem um 50 Proz. Erwerbsbeschränkter 3000 M. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden statt 2000 M. Jahresarbeitsverdienst nur 4500 M. gerechnet. Uebrigens soll eine Rente bis zu 50 Prozent auch ohne Befragen des Verletzten abgefunden werden können. Wenn mehrere Unfallrenten bezogen werden, auch dann, wenn diese zusammen nicht über 50 Prozent hinausgehen. Der Arbeitsminister beabsichtigt die Einführung des Bedürftigkeitsprinzips mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Industrie. Die finanzielle Lage der Berufsgenossenschaften ist sehr verschieden. Einzelne seien nicht zahlungsfähig. Durch allgemeine Erhöhung der Zulage würde die Produktion verteuert. Außerdem müßte die Rückwirkung auf die Kriegsbeschädigten in Betracht gezogen werden.

Für die SPD. vertritt Abg. Kaiser den Standpunkt, daß an alle Rentenulagen gegeben werden sollten. Genosse Kartzel stellte zunächst fest, daß an Stelle des Besprechens des Ministers, daß im kommenden Gesetzentwurf auch die unter 50 Prozent Beschädigten Zulagen haben sollten, jetzt unangewiesene Abfindungen eingeführt werden. Der Unterschied zwischen Mit- und Neurentnern solle jetzt noch größer werden. Die letzten Ausgaben wolle man auf Kosten der Krüppel gering halten. Das Gesetz sei eine große Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes. 90 Prozent aller Schwerbeschädigten stehen auf Grund des Schwerbeschädigten-Gesetzes in Arbeit und werden nicht mehr die bisherigen Zulagen beziehen. Das Gesetz würde die Beiträge der Arbeitgeber verteuern und so in einem Liebesabengeseh für das Unternehmertum. Dagegen müßten die Arbeiterorganisationen mit aller Macht Sturm laufen und auch die Rentenempfänger dagegen mit allen Mitteln ankämpfen.

Hätten die Ausführungen unseres Redners, die noch geflüht wurden durch praktische Beispiele. Ihre Wirkung nicht verfehlt und nur schwache Gegenargumentationen der Regierungsvorreferent hervorgerufen so machte Kolkenbühr (SPD.) durch statistische Nachweise über den bisherigen Stand der Unfallversicherung auch die letzte Beweisführung der Regierung hinfällig. Soweit die Vertreter der bürgerlichen Parteien das Wort nahmen, erklärten sie, daß für die gewerblichen Berufsgenossenschaften die Bedürftigkeitsgrenze nicht aufrechterhalten werden könne. Bestimmungen seien erlassen noch nicht. Es wird kein freuen, ob die bürgerlichen Parteien handhalten. Die Rentenempfänger und die Arbeiterorganisationen müssen dieser reaktionären Gesetzesmacherei den Kampf ansetzen.

Das Apothekergesetz. Genosse Dr. Moses hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht. „Eine Reichsgesetzregelung des Apothekergesetzes ist schon seit langem von der Reichsregierung für nötig anerkannt und zugesagt worden. Ich frage die Regierung an, wie weit die Vorbereitungen dazu gediehen sind und ob mit der baldigen Vorlage eines diesbezüglichen Gesetzes gerechnet werden kann eines Gesetzesentwurfes, in dem auch die berechtigten Interessen der Krankenkassen der angelegtesten Apotheker in ausreichendem Maße zur Geltung kommen?“

Die Erhöhung der Tabaksteuer. Der Reichstagsausschuß für die Verbrauchssteuern behandelte gestern die Erhöhung der Tabaksteuer. Unter anderem wurde auf einen Antrag des Zentrums die Steuer für die teuren Zigaretten auf 1,20 Mark für das Stück bei einem Preise von 3 Mark, mit einem Ausschlag von 20 Pf. für das Stück bei einem Preise von je 50 Pfennige mehr festgelegt. Für Zigaretten soll die Steuer bei einem Preise von 50 Pfennige oder mehr 25 Pf. für das Stück betragen und mit einem Zuschlag von 5 Pfennig für je 10 Pfennig mehr im Preise. Ueber die Herabsetzung des Schutzzolles für den inländischen Tabak wird morgen abgestimmt.

Ein Reinfall. Das gegen den schlesischen Kultusminister, Genossen Fiehnert, eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Aufzehrung zur Anwendung von Gewalt in verschiedenen in Dresden gehaltenen Reden ist auf Anweisung des Generalstaatsanwalts eingestellt worden.

Die arme Leute sterben. Im Schlaafsaal des Männerheims der Heilsarmee in Mainz wurden Dienstag früh sieben Männer in ihren Betten tot aufgefunden. Ein lag auf dem Fußboden neben der Tür. Eine Gaslampe im Zimmer war beschädigt, und das Gas war ihr entströmt. Die Verunglückten sind, bis auf einen namens Hüter aus Mainz, sämtlich Auswärtige und meist Gelegenheitsarbeiter.

Etappe Gent vor Gericht

In dem Prozeß gegen den Schriftsteller Heinrich Wandt („Etappe Gent“) nimmt die Beweisaufnahme einen gewaltigen Umfang an. Gestern drehte sich die Beweisaufnahme im wesentlichen um die Behauptung, daß Nebenkläger Diemann „der verrückte Kriegergerichtsarzt“ und „Wiesbrau“ genannt worden sei, der auf den General v. Schidloß immer nach der Richtung der Verhängung dramatischer Strafen wegen Angeflogene eingewirkt habe, daß er selbst aber große Angst um sein Leben gehabt, nach Enttarnung an Inghus und seiner Wiederherstellung die Hilfe sorgfältig mit Fragen über einen etwaigen Rückfall drangsaliert habe, daß er bei Flieger Alarm sofort ängstlich in den Keller gelaufen sei, daß er allgemein als „Menschenhinderer“ bekannt gewesen sei usw. Die vorgenommenen Zeugen General-Oberarzt Papenhausen, Oberarzt Prof. Dr. Kiemer und andere bekunden, daß Nebenkläger Diemann, der als nervöser Mann geschildert wurde, an einer mittelschweren Tophuserkrankung behandelt worden sei und nachher eine etwas übertriebene Besorgnis im Interesse seiner Familie und anderer Personen nach der Richtung bekundet habe, ob er nicht etwa Basilenträger sein könnte. Ein Zeuge bekundete, daß der Angeklagte im Gespräch über einen Kriminalfall, bei dem es sich um die Frage handelte, ob Nord oder Totschlaue? der Nebenkläger den Standpunkt vertreten habe: „Nur um Awee, Jahr um Jahr; mer Mut vergessen hat, des Blut mach wieder vergessen werden.“ Der Zeuge hatte ihm erwidert, daß die moderne Justiz doch nicht nach dem Alten Testament zu handeln, sondern genau prüfen müsse ob Nord oder Totschlaue vorliege. Kriegergerichtsarzt Diemann stand auf dem Standpunkt, daß Nord vorliege, und General v. Schidloß erklärte, daß auch er noch heute diese Uebersetzung habe. „Auch ein anderer Zeuge richtigeren Wortes hatte diese Ansicht. Andersseits behaupte ein Zeuge eine Krone des R. A. P. zu haben, daß Nebenkläger Diemann im Gespräch sehr bald erklärt habe:

„Der Rest muß an die Wand“

und ein weiterer Zeuge bekundete, daß im Falle Fein er den Eindruck gehabt habe, es werde von irgendeiner Seite gewünscht, daß der Mann zum Tode verurteilt werde.

Es wurde u. a. ein Fräulein Billier vernommen, die erstes aus Belgien zu diesem Termin hierher geeilt war. Sie gab zu mit dem Kriegergerichtsarzt Dr. Fuzentrich, den sie in der Wohnung ihrer Mutter kennen gelernt so lange er dort war, ein intimes Verhältnis unterhalten zu haben. Ihr Mann ist infanter von der Kommandantur, der von Dr. Fuzentrich ihr Gehalt unterbreitet worden war, gestattet worden in Rom ein Examen zu eröffnen. Sie bekräftigt, daß sie dort in Irrendmie an Köpfer Weise mit Dr. F. verkehrt habe. Sie habe ihn gehandelt wie andere Götze und müsse die in den Kritiken aufgeführten Behauptungen als unwahr zurückweisen. — Die Verhandlung soll am Donnerstag fortgesetzt werden.

Bekanntnisse schöner Seelen

Kappisten vor dem Reichsgericht

Leipzig, 13. Dezember.

Nach Eröffnung der Verhandlung ergreift der Verteidiger Rechtsanwalt Grünspan das Wort und erklärt, im gefälligen Berliner „Uhr-Abendblatt“ finde er die Überschrift: „Reichsminister Schiffer des Reichs beschuldigt“. Er lege Wert darauf, zu erklären, daß sein Kollege Böttger nicht im entferntesten daran gedacht habe, einen solchen Vorwurf gegen Schiffer zu erheben. Dann wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Generalmajor Traub: Gerüchte über Putschpläne gingen im März zwar um, über Ehrhardt und Lüttich verlautete aber nichts Bestimmtes. Am 10. März wurden wir alarmiert, das Regierungsviertel sollte besetzt werden. Am Tage vorher war schon ein Befehl für erhöhte Alarmbereitschaft erlassen. In der Nacht zum 13. habe ich das Wilhelmsviertel besetzen lassen. Der Befehl enthielt den mündlichen Zusatz: Gewalt gegen Gewalt! Überrennen lassen wir uns nicht! Das Regiment hat dann aber den Befehl bekommen, abzurücken und

sich wieder in die Kasernen zu begeben.

Ich selbst hatte keine Fühlung mit der Regierung und wußte auch nicht, wo sie sich anhielt.

Geheimer Regierungsrat a. D. Dr. Döge: Jagow war sieben Jahre lang mein Vorgesetzter im Polizeipräsidium. Wir standen infolge der gemeinsamen Arbeit in einem freundschaftlichen Verhältnis. Ueber die Pläne Kapp-Lüttich habe ich vorher nur gerüchtesweise gehört. Am 11. März wurde ich von v. Jagow zu Kapp gerufen. Dieser sprach von den politischen Forderungen und der Gärung in der Marinebrigade und fragte mich nach der Stimmung in der Sicherheitspolizei. Ich konnte von einer Aufregung in dieser nichts sagen. Bis Sonnabend habe ich dann von Kapp nichts gehört. Ich wurde durch die Ereignisse überrascht. Am Morgen des 13. teilte mir ein Beamter des Polizeipräsidiums mit, die Regierung sei gestürzt und Kapp-Lüttich seien im Besitze der Macht. Ich suchte dort v. Jagow auf und hörte von ihm, daß er das Ministerium des Innern auf Wunsch Kapps übernommen habe und gewisse Veränderungen im Personalbestande des Ministeriums vornehmen werde. Er war der Meinung, daß die Ausspäher der demokratischen und sozialdemokratischen Partei, parlamentarische Unterkaufleute usw. überflüssig seien.

Präsident: Haben Sie im Ministerium Widerstand gefunden? Zeuge: Nicht den geringsten. Die

Abweisung von Oberpräsidenten

Abweisung von Oberpräsidenten usw. erfolgte durch Kapp. Als Raerker anwesend war, warnte Wangerheim vor einem Generalaufstand. Wenn die Städte streikten, könnten die Landwirte auch einmal auf den Gedanken kommen, zu streiken. Als ich am 10. mit Kapp sprach, hatte ich das Gefühl, als ob er mit dem Feuer spiele. Bei der Besprechung mit Ehrhardt befragte ich diese Vermutung. Auf die Frage eines Verteidigers äußert sich der Zeuge über seine Besprechung mit dem Minister Südekum, dem er sagte:

Kapp beabsichtigte, drei Sozialdemokraten in das Ministerium zu berufen, und zwar ihn als Finanzminister und Heine als Justizminister.

Kapitänleutnant a. D. Tischer war Offizier bei der Brigade Ehrhardt. Er hat Gerüchte von bevorstehenden Putschplänen damals nicht gehört. Als Lüttich am 11. die Brigade Ehrhardt alarmierte, fiel das nicht auf, da etwas derartiges oft vorkam. Als der Abmarsch nach Berlin bevorstand, habe ich den Leuten gesagt, wer Bedenken trage, könne zurückbleiben. Die drei Maschinenmänner, welche sich weigerten, mitzumarschieren, waren erst kurz vorher angekommen und keine richtigen Ehrhardt-Soldaten.

General a. D. Maerker: Nach Dresden war der Fernspruch Lüttich's gekommen, daß der Regierungsumschwung sich ohne Blutvergießen vollziehen werde. Ein zweiter Fernspruch ging dahin, daß die Minister festzunehmen seien. Mich überraschten diese Vorgänge vollkommen. Bereits im Juli 1919 sprach Oberst Bauer davon, daß die Regierung in Weimar gestürzt und die Nationalversammlung aufgelöst werden müsse. Bauer forderte mich auf, hierbei zu helfen. Anfang März 1920 hatte ich keine Besprechungen mit den Männern des Kappunternehmens. Ich wurde von den Ereignissen, wie schon bemerkt, völlig überrascht.

Kapp hielt ich für unfähig, Neuerungen durchzuführen.

In Dresden habe ich zum Schutze der Minister mich bereit erklärt, andererseits war ich auch bereit, die Anordnungen Lüttich's zur Aufrechterhaltung der Ordnung auszuführen. Ich gab eine Proklamation heraus, daß ich mich dem Generalaufstand widerehe. Koste war schließlich einverstanden, daß ich nach Berlin fahre. Ich entwickelte meinen Plan vor dem Reichs- und Sächsischen Ministerium und Ebert war damit einverstanden. Am Sonntag kam ich nach Berlin und nahm an einer Kabinettsitzung unter Kapp teil, der eine optimistische Ansprache hielt. Ich hielt dann ebenfalls eine Ansprache, in welcher ich auf das Bedenkenliche des Kappunternehmens hinwies, das völlig unvorbereitet gewesen sei. Das Volk müsse annehmen, daß es sich um

ein deutschnationales Unternehmen

handelt. Deutschland sei jetzt in zwei Teile geteilt. Wenn diesem Zustand nicht bald ein Ende gemacht werde, müsse es zu einem Kampfe zwischen Reichswehr und Reichsmehr kommen. Wangerheim sagte dann: Wenn der Generalaufstand nicht innerhalb 48 Stunden abgeblasen werde, würden die Städte keine Lebensmittel mehr bekommen. Am andern Morgen bekam ich

eine Liste mit acht Forderungen

überreicht: Neuwahl des Reichspräsidenten, Hochminister, Schaffung einer zweiten Kammer, Amnestie für alle Verurteilten seit dem 13. November 1918 usw. Gefordert wurde auch die Annullierung der Kappregierung als eine ordnungsmäßige. Die Amnestieforderung deutete darauf hin, daß Kapp sich nicht mehr lächer fühlte. Am Montag vormittag hatte ich einen heftigen Zusammenstoß mit Lüttich. Er hatte über meinen Kopf hinweg einen meiner Brigadekommandeure abgesetzt. Er wollte mich dann auch selbst absetzen. Ich verwies ihn darauf, daß die Mehrheit der Truppen anerkennend nicht mehr hinter ihm stünde.

Auf Befragen des Reichsanwalts Neumann erklärt der Zeuge weiter: Einzelne Reichswehrkommandeure haben die Landesregierungen auf das Telegramm der neuen Macht hin abgelehnt. Koste hat neulich gesagt, er habe mich für schwach gehalten. Ich glaube, damit steht nicht im Einklang, daß Koste mir in Stuttgart den Oberbefehl über die Truppen in Berlin anbot.

Ministerialdirektor Dr. Meißner äußert sich zunächst über die Vorgänge im Preussischen Ministerium des Innern am 13. März und bestätigt im wesentlichen die Angaben des Geheimrats Döge. Staatssekretär Albert, der von der Regierung in Berlin zurückgeblieben war, um die Verbindung aufrechtzuerhalten, schildert die Ereignisse in der Reichskanzlei am Morgen des 13. März. Um 7 Uhr früh erschienen Kapp, v. Jagow und v. Falkenhäuser, und es kam zwischen ihm und den drei Herren zu

einer erregten Auseinandersetzung.

in deren Verlaufe auf die Frage des Zeugen, mit welchem Recht sie in das Gebäude eingedrungen seien, Herr v. Jagow erwiderte: Mit dem Recht des 9. November.

Ministerpräsident a. D. Hirsch: Zu der erweiterten Kabinettsitzung in der Nacht zum 13. März kam ich erst ziemlich spät. In der Reichskanzlei fand ich die meisten Reichsminister und den Reichspräsidenten anwesend. Die Reichsregierung, außer Herrn Schiffer, reiste in der Nacht ab. Mit den preussischen Ministern hielt ich im Ministerium noch eine Besprechung ab. Gegen Morgen wurden mir alle durch Offiziere und Mannschaften im Auftrage der neuen Regierung für verhaftet erklärt. Am 16. wurde ich ins Justizministerium gebeten, es fanden dort Besprechungen zwischen Parteiführern statt. Major Bödt erhob die bekanntesten politischen

Forderungen. Von Stuttgart aus hatte ich Befehl, wir sollten uns auf keinerlei Zustände einlassen. Pabst legte besonderen Wert auf die Amnestie.

Das Gericht beschließt, die Zeugen Döge und Tischer wegen Bedacht der Teilnahme nicht zu verurteilen.

Reichsanwaltpräsident Hansen: Ich bin wiederholt aufgefordert worden, Geld für Kapp zur Verfügung zu stellen. Er verlangte sofort 1/2 Million Mark. Ich lehnte das ab. Am Montag ließ mir Kapp durch einen Offizier mitteilen,

die neue Regierung brauche 10 Millionen,

und er werde das Geld nötigenfalls mit militärischer Gewalt erheben. Kurz darauf erschien ein anderer Offizier mit dem nachdrücklichen Auftrage Kapps, 10 Millionen zu erheben. Ich erklärte aber, daß eine gewaltsame Wegnahme rechtswidrig sein würde. Am Montag erschienen 2 Offiziere mit 5 Schecks über je 2 Millionen. Da die Schecks auf den Reichswehrminister v. Lüttich ausgestellt waren, so konnten wir sie nicht als empfangsberechtigt ansehen und lehnten deshalb die Honorierung der Schecks ab.

Baron Dr. Traub: Mit Kapp war ich seit 1917 durch gemeinschaftliche Arbeit in der Vaterlandspartei bekannt. Am 12. März abends fragte mich Kapp, ob ich bereit sei, in die Regierung einzutreten, wenn er die Macht erhielte. Ich beistimmte mit Bedenken vor. Am 13. März um 7 Uhr war ich am Brandenburger Tor und bewunderte die musterhafte Haltung der einziehenden Truppen. Kapp hatte mich eingeladen, um 8 Uhr nach dem Brandenburger Tor zu kommen, da er glaube, dann im Besitze der Macht zu sein. Gegen 8 Uhr ging ich in die Reichskanzlei, weil ich das für meine Pflicht hielt, wenn Kapp tatsächlich die Macht hatte. Aus Gründen der Freundschaft hielt ich mich für verpflichtet, Kapp zu unterstützen. Eine schriftliche Bestellung als Kultusminister habe ich nicht bekommen. Ich hatte ja das Amt gar nicht übernommen. Mit den Beamten des Kultusministeriums bin ich nicht in Verbindung getreten. v. Jagow ist in den Beratungen mit Ideen, wie sie ein Führer hat, nicht herorgetreten. Er erschien als

Killer Teilhaber des Unternehmens.

Auf eine Frage des Reichsanwalts Neumann erwidert der Zeuge: Auch Wangerheim erschien mir nur als Killer Teilhaber. Reichsanwalt Neumann: Wer hat denn dann nur die vielen Verordnungen erlassen? Zeuge: Ich habe den Ausdruck „Killer Teilhaber“ nur auf die Kabinettsitzungen bezogen. Ich meine damit eigentlich „Killer Beobachter“.

Der Zeuge erklärt weiter, die Weiterleitung der Nationalversammlung habe er für verfassungswidrig gehalten, und er glaube, daß ohne das Kappunternehmen dieser Zustand nicht beibehalten worden wäre.

Nach unehelichen Aussagen des Kapitänleutnants Lentz wird der frühere Reichsanwalt Paul Bredered vernommen, der von den Vorbereitungen des Ehrhardt'schen Unternehmens keine Kenntnis gehabt haben will, aber doch am Morgen des 13. März, um 6 Uhr, am Brandenburger Tor sich eingeschrieben hat. Er hörte, wie Ehrhardt zu Kapp sagte, die Regierung sei fort. Kapp solle nun anfangen zu regieren. Er ging dann mit Direktor Mollenthid in die Reichskanzlei und hörte, wie Kapp dort sagte:

Seyrtegg, wo ist Schnitzler? Ohne Schnitzler kann ich nicht regieren.

Direktor Ernst Mollenthid hat den Nationalverband deutscher Offiziere gegründet und früher geleitet. Mit Bredered war er am 13. März, um 6 Uhr früh, am Brandenburger Tor. Er will einen Hinweis bekräftigen haben. Am Abend des 12. hat er von den Plänen Ehrhardt's in einer Versammlung des Offiziersvereins gehört. Man habe jedem anheimgestellt, sich die Sache am Brandenburger Tor anzusehen. Der Zeuge ist Ehrhardt entgegengegangen und mit ihm in die Reichskanzlei gegangen. Kapp brauchte Schreibmaschinen. Der Zeuge ging mit einem Unteroffizier und drei Mann in ein Bureau und verlangte für Kapp in dessen Auftrag Schreibmaschinen. Kapp hatte gesagt, jeden Beamten, der der neuen Regierung nicht gehorchen wolle, solle der Zeuge entlassen.

Geheimer Voltrat Sönnen wurde am 13. März zu Kapp gerufen und sagte diesem logisch, er könne ihn als Reichskanzler nicht anerkennen.

Kapp wollte alle Zeitungen verbieten

und den gesamten Volk-, Telegraphen- und Fernsprecherverkehr einstellen lassen. Am Montag begann der Generalaufstand und auch der Postverkehr ruhte fast völlig. Am Sonntag nachmittag erfuhr Kapp den Zeugen telephonisch, das Volksministerium zu übernehmen. Der Zeuge nahm zwar an, erklärte aber schriftlich seinen Rücktritt.

Oberleutnant v. Clewisch war am Tage des Einmarsches im Reichswehrministerium beschäftigt. Er wurde durch die Ereignisse des 13. März nach seinen Angaben überrascht. Da er erfuhr, daß die von ihm vorher kommandierten Truppen den Potsdamer Bahnhof in Berlin besetzt hätten, begab er sich sofort dorthin und benutzte das unter seinem Namen angestellte Kreitor.

Regierungsrat Dr. Schneider und Geheimrat Schmidt-Hofmann berichteten über eine Tür im Auswärtigen Amt, die auf Anordnung des leitenden Zeugen geschlossen worden war. Sie wurde gewaltsam geöffnet, und es stellte sich heraus, daß Trebitsch-Lincoln sie erschossen hatte.

Der Gerichtshof beschließt, die Zeugen Traub, Lentz, Sönnen, Mollenthid und Bredered nicht zu verurteilen, dagegen wird die Verurteilung des Zeugen von Clewisch nachträglich vorgenommen.

Weiterverhandlung Mittwoch 9 Uhr.

Drenkischer Landtag

(Schluß aus der Beilage)

Nach dem Schluß der Aussprache über den Haushalt der Universitäten und technischen Hochschulen wurde in die Beratung des Etats der höheren Schulen eingetreten.

Frau Jensen (S. P. D.) wendet sich gegen die Absicht, die Sedansfeier wieder einzuführen, was ohne eine Verherrlichung des Militarismus nicht möglich sei. Das widerspreche dem Geist der Reichsverfassung, die die Erziehung im Geiste der Völkerverständigung fordere. Man solle dafür lieber den 1. Mai feiern.

Nachdem die Abstimmungen zum Haushalt der Bergverwaltung vorgenommen waren, wettelerten die Rednerinnen des Zentrums und der Deutschnationalen in Bezug auf reaktionäre Gesinnung. Sowohl Frau Wronka (Zit.) wie Frau Lehmann (Dnail.) bekämpften den gemeinschaftlichen Unterricht der Geschlechter und forderten besondere Lehrpläne für die Mädchenkassen unter Berücksichtigung der weiblichen Eigenart, wie reaktionäre Oberlehrerinnen sie aufstufen.

Der Koalitionsgenosse Schuster von der Deutschen Volkspartei „begrüßt die Einheitschule mit vollem Herzen“, um sie dann mit diesem „weita“ und „aber“ zu bekämpfen. — Nach ihm äußert sich Minister Dr. Boelck kurz zu den Fragen der Mädchenbildung und der Oberlehrer.

Der Kommunist Schneider, der sich besonders gegen das Hakenkreuzentum und den nationalistischen Geist an den höheren Schulen wendet, sagt manches Beachtenswerte, verliert sich aber allzu sehr in Einzelheiten. Er begehrt auch den Fehler, zu lange zu sprechen, obwohl ihn seine Freunde zweimal durch Zettel mahnen, zum Schluß zu kommen, da es sonst seiner Partei nicht mehr möglich ist, zum Etat der Volksschulen zu sprechen. Zuletzt

wenden sich die Kommunisten hilfsuchend an den Präsidenten, der hierauf den Redner unterbricht und ihn unter elementarem Seitensitz des ganzen Hauses den Wunsch der kommunistischen

Fraktion mitteilt, daß ihr von der zweistündigen Redezeit zum Kultusetat noch einige Minuten Redezeit für eine weitere Rede verbleiben müßten.

Hierauf hielt unsere Genossin Doentrop eine frische, von der gesamten Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede: Ein Abgrund des Mißverstehens klafft zwischen den verschiedenen Volksteilen. Deshalb fordern wir die einheitliche Grundschule bis zum 14. Lebensjahr. Wir treten für die gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter ein. Der wohlthätige Einfluß der Mädchen auf die Knaben bei gemeinschaftlicher Erziehung ist unbestreitbar. In den Mädchenschulen fördern wir zwei Drittel weiblicher Lehrkräfte, nicht nur an den unteren, sondern auch an den oberen Klassen. Auch an den Knabenschulen wäre weiblicher Einfluß durchaus vorteilhaft und daher erwünscht.

Die Annahme des Pädologenvorbandes, der weibliche Mitglieder nicht aufnimmt, weisen wir entschieden zurück. Die heutige Trennung der Geschlechter im Unterricht verhindert nicht das Zusammentreffen an anderen Orten, wo der Verkehr gerade die von den Gegnern der gemeinschaftlichen Erziehung befürchteten Folgen hat. Wir fordern die Schaffung eines einheitlichen Lehrplanes, ebenso

einheitliche Verwaltungsförpser

für alle Schulformen.

Eine erhöhte Aufmerksamkeit ist im Interesse der Volksgesundheit dem Turnen und anderen Leibesübungen an den Mädchenschulen zu schenken, wobei wir jede falsche Brüderlie ablehnen. Notwendig ist auch eine stärkere Betonung des naturwissenschaftlichen Unterrichts.

Zu verteidigen ist die leider vielfach vorhandene unterschiedliche Behandlung minderbemittelter Kinder an den höheren Schulen, wie der Mißbrauch der Religion im Dienste reaktionärer und kapitalistischer Interessen. Wir wollen die Jugend erziehen zur Wahrhaftigkeit und zum Mut der eigenen Überzeugung. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Rede der Genossin Doentrop vertagte sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr mittags.

Deutscher Reichstag

Präsident Eöde eröffnet die Sitzung 3 Uhr 15 Minuten.

Nach Erledigung einer ganzen Reihe kleiner Anfragen und nach einer Regierungserklärung, die Interpellation der Demokraten betreffend Finanznot der Gemeinde innerhalb der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Frist beantwortet zu wollen, werden die Gesetzentwürfe betr. Verordnung über Lohnpfindung, Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen, Aufhebung vorübergehender Zollerleichterungen ohne Debatte der Ausschussberatung überwiesen. Die Gesetzentwürfe, Abänderung des Börsengesetzes, Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich werden in allen drei Beratungen ohne Debatte verabschiedet. Bei dem Gesetzentwurf, der den

Frauen als Beisitzer zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten

Eingang verschaffen soll, bemerkt die

Genossin Zieg: Trozdem die Volksbeauftragten, die in den ersten Monaten der Revolution die Regierung ausübten, den Frauen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften zugesprochen haben, ist es ihnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bis auf den heutigen Tag noch verweigert. Wir haben schon des öfteren betont, daß dies durchaus gesetzwidrig ist. Dazu kommt, daß die Bestimmung, die den Frauen das passive Wahlrecht vorenthält, im Gegensatz zu der Weimarer Verfassung steht. Wir freuen uns, daß endlich die Vorlage vorliegt, bedauern aber, daß sie erst heute kommt. Von Mitte März bis heute hat das Arbeitsministerium gebraucht, um diese lästige Novelle auszuarbeiten. Daß man erst heute damit kommt, hat herbeigeführt, daß bei den Wahlen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, die in einer großen Anzahl von Städten in diesem Jahre vorgenommen worden sind, für eine Periode von drei, vier, mitunter sogar von sechs Jahren praktisch die Frauen von der Ausübung des passiven Wahlrechts und der Ausübung des Richteramts ausgeschlossen wurden. War das Absicht? Ich habe den dringenden Verdacht, daß man auch heute nicht mit der Novelle gekommen wäre, wenn man nicht etwas anderes hätte zugleich damit durchsetzen wollen, nämlich die Erhöhung der Gebühren. Der Verdacht wird noch verstärkt dadurch, daß die Vorlage, die den Frauen das Recht geben soll als Geschworene und Schöffen tätig zu sein, bis auf den heutigen Tag noch nicht zur Verhandlung gestellt worden ist. Mit dieser Vorlage hat man es sehr eilig, weil man in der Hauptsache die Erhöhung der Gebühren erreichen, die Gelder einschießen will. Meine Fraktion veranlaßt grundätzlich, daß die Rechtsprechung überhaupt unentgeltlich sein soll. Hier nimmt man sofort eine Erhöhung der Gebühren vor. Wir sind der Meinung, daß wenn man die Unentgeltlichkeit noch nicht allgemein durchführt, daß man dann die Kosten nicht weiter den Gemeinden aufbürden darf. Diese Kosten sind vom Reich zu übernehmen. Ich beantrage die Vorlage dem Ausschuss zu überweisen, schnell durchzubearbeiten, damit sie mit entwerfenden Änderungen schnellstens verabschiedet werden kann. (Leb. Bravo! bei den U. S.)

Abg. Frau Schroeder (S. P. D.) schlägt sich den Ausführungen der Genossin Zieg an. Abg. Koenen (Komm.) wendet sich dagegen, daß den ständigen Vertretern der Unternehmer Protokollmacht vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gegeben werden soll.

Hierauf wird der Entwurf dem Sozialen Ausschuss überwiesen. Ebenso der Gesetzentwurf betr. Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Es folgt die Beratung der Interpellation Stresemann (D. Vp.) über

Vorkommnisse in der Pfalz

Abg. Moßbauer (Dt. Vp.): Am 31. August und 8. September sei der Versuch gemacht worden, die pfälzische Regierung ihrer Gewalt zu berauben. Die Drastik dieser Unternehmung seien die französischen Machthaber in der Pfalz gewesen. Zunächst aller dieser Tatsachen müsse geklärt werden, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um das Rheinland vor solchen Vernebelungen zu schützen?

Reichsminister des Innern Dr. Koeller: Die Rheinlandpolitik der Franzosen macht den Eindruck, als ob Frankreich recht durchsehen verusche, was es durch den Friedensvertrag nicht erhalten hat. Diese Politik sei die gerade Linie, unter Ausnutzung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Konjunktur die Verbindung der Rheinlande mit Deutschland zu lockern, aus dem Rheinlande eine Zone der moralischen Abwärtung, d. h. ein Vorfeld für französische Welen zu machen. Es ist im Zweifel daran, daß der größte Teil der Arbeiterchaft am 31. August für die Demokratie und die Republik zu demonstrieren gewillt war, jedoch nicht wußte, daß er damit auch anderen Kräfte blende, daß er sich am Gängelbande einiger dunkler Elemente befand. Die französische Rheinlandpolitik hat den Aufbau Europas unabweisbar verüßert. Wenn die Franzosen nicht wollen, daß die Rheinlande eine friedliche Brücke einer friedlichen deutsch-französischen Politik sein sollen, dann werden wir dafür sorgen, daß die Rheinlande ein festes Bollwerk deutscher Kräfte bleiben, bis sie wieder vollständig aus uns gehöhrt. (Leb. Beif. bei den S. P. D.)

Abg. Hofmann-Koellerslautern (S. P. D.) widerlegt die Ausführungen des Interpellanten, der behauptet hatte, daß eine rote Armee zur Zeit des Erbitterarmodes in den Rheinlanden bestanden hätte, und daß ortsfremde Verlonen die Anführer der Demonstrationen der Arbeiter gewesen seien. Die Widerkämpfer waren eine zu vernachlässigende Sekundäre der Arbeiter, die nur zu verurteilen ist dadurch, daß die Rüstungsindustrie noch steht, drei Jahre nach der Revolution, überall hin. Es ist verständlich, daß in einer politisch so erregten Zeit, wie die des Erbitterarmodes, die Arbeiter sich durch viel Provokationen zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen.

Präsident Eöde schlägt vor die Beratung abzubrechen. Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr. Tagesordnung: Steuerentlagen, keine Vorlagen und der Rest von heute. Schluß 7 Uhr.

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: König Lear
Neues Volkstheater
8 Uhr: Die Wildente
Staatstheater
7 Uhr: Sibelle
8 Uhr: Die Wildente
Theater am Kollndorffplatz
7 Uhr: Die Ehe im Kreise
Walhalla-Theater
8 Uhr: Jung muß man sein
Theater am Kollndorffplatz
Tel. 111, 16077
Tgl. 7, 11 u. 12
Stg. nach 3 u. 4
Elli - Sänger
Bühnen - Konz.
Vorverkauf
von 11-12 u. 4-6

Komödienhaus
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Wagner-Theater
7.30 Uhr: Prinzessin Olala
Schaubühne
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Wagner-Theater
7.30 Uhr: Prinzessin Olala

Berliner Theater
Abends 7.30 Uhr: Prinzessin Olala
Schaubühne
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Wagner-Theater
7.30 Uhr: Prinzessin Olala

Residenz-Theater
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenbälle
Circus Busch
Tgl. 7, 11, Stg. nach 3 u. 4
Ein selbständig
neues
Schaubühne
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Wagner-Theater
7.30 Uhr: Prinzessin Olala

Billige Spielwaren!
Wunderhübsche
Gesellschaftsspiele
von 3 bis 10 an
Aquarium-Spiel
5 Jahre Spielzeit
5 Start
größer m. 18 Figuren
12 50
Kasperle-Theater
6 u. 8, größer 12 50
deutsches Spiel 5 u. 10
Schaubühne
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Wagner-Theater
7.30 Uhr: Prinzessin Olala

Trünouga Konfitüren
Eckardt & Neuschaefer
Fabrik und Kontor: Berlin O 27
Krausstr. 4-5 Tel. Alex. 5257

PELZWAREN auf Teilzahlung
Pelzwarenfabrik Kallis
Tille-Wardenberg-Str. 11
am Bahnhof Tiergarten

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Trauringe
Ring 3 75 gestempelt
von 75 M. an
1 Ring 585 gestempelt
200-400 M.
1 Ring Dukaten Gold
von 250 M. an
1 Ring Dukaten 600 M.
H. Wiese, Juwelier.
Artilleriestr. 30, Tel. Nord. 1030. Garantiechein f. gesetzlich Goldhalt

**IM BÜRGERHAUS, IM GRAFENSCHLOSS,
KLINGT HAUSMUSIK VON BEIL & VOSS!**
Du suchst

ein gediegenes Musikinstrument?
Beil & Voss ist die Firma, die ganz Berlin kennt,
Weil die Auswahl enorm, die Bedienung reell,
Kaufst Du dort, was Du suchst, an der richtigen Stelle!

Electromophon
Orig. Gramophon
Grammophon-Platten
Parlophon-Platten
Beka-Platten
Tanz-Platten
Violinen-Lauten
Mandolinen
Gitarren
Bandonien
Mundharmonikas
Saiten u.s.w.

BEIL & VOSS
TAUENTZENSTR. 5 • ROSENTHALERSTR. 16/17
BADSTR. 4/43 • GR. FRANKFURTERSTR. 110
KOTTBUSERSTRASSE 1.

BEIM WANDERN IST MEIN WEGGENOSSE
DAS LAUTENSPIEL VON BEIL & VOSS

Eigene Reparaturwerkstatt.
Kataloge kostenlos durch die Zentrale
Berlin C Prenzlauerstrasse 52.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet!
Auffallend billig

Echte Pelzmäntel	8750.- bis 12500.-
Sealplüschmäntel	2780.-
Krimmäntel	1245.-
Eskimomäntel, reine Wolle	931.-
Seidenplüschmäntel	2350.-
Astrachanmäntel	875.-
la Ulster	376.-

**Besondere Gelegenheitskäufe
nur 9-12 Uhr vormittags!**

Sport-Trikot-Jacken	52.-
Gummimäntel für Herren	478.-
Gummimäntel für Damen	398.-
Reinwollene Strickjacken	269.-
Ulster aus guten Stoffen	156.-
Stoffröcke	82.-

WESTMANN
1. Geschäft: Berlin W Mohrenstrasse 37
2. Geschäft: Berlin NO Gr. Frankfurter Str. 115

Münzen
Sammlungen
K. Fall, Berlin
Wilhelmstr. 46/47

Kerzen
Seltene, Baumkerzen billig
Garten, Schöneberg, W. 26.

Großer Räumungsverkauf!
Toilettenseifen
in Seife, in Kartons
außerdem ein Vollen
Blumen- und Kräuter-Säber
Säberlager
merich A. Salgo
Lothring. Straße 38

Beißfeldstecher
6. und 8. ad. kost. fähig
M. Stecke, Berlin
Berl. W. 8, Potsdamer
Str. 128, Wilmersd.

Zuckermann,
Ellafer Str. 9, am 1. Tr.
Norden 4661.

Freiheit-Abonnenten
erhalten als
Weihnachts-Prämie
den
Ledebour-Prozess
gebunden statt 40.- Mark
für 25.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Bandwurm
im Kopf verloren
nach 1 1/2 Stunden durch
Reichel's Bandwurmmittel.
Für seit 7 Jahren
an Bandwurm und hat
ich 6 Mittel erfolglos
erprobt.
Reichel's
Tausende befreit. 12.
15.- für Kinder 10.
10.- (Witersangabe)
Otto Reichel, Berlin 40
100, Eisenbahnstr. 4

RAUCHERDANK!
Das Räucher Mittel
das Räucher Mittel
über 100 Jahre
besten. Wirkung
bisher. Räucher
Mittel. 12.
15.- für Kinder 10.
10.- (Witersangabe)
Otto Reichel, Berlin 40
100, Eisenbahnstr. 4

Soeben erschienen!
Die Erwerbslosenfürsorge
nach dem neuesten Stande
Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche
Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern geltenden Ansprüche unter
Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Teilschlüsse des Reichstages
Von Rudolf Weck
Arbeiterzeitung in Königsberg i. Pr.
Preis 8.- Mark
Für Gemeindefürsorge, Betriebsräte, Obleute, Arbeiter-
sekretäre, Gewerkschaftsunktionen, überhaupt für jeden,
der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Berlin C 2
Abt. Buchhandlung
Breite Straße 8-9



Verlangen Sie in den Geschäften nicht „eine Dose Schuhcreme“ - Sie werden alles mögliche bekommen - verlangen Sie ausdrücklich „eine Dose Urbin“ den guten Schuhputz Sie erhalten etwas wirklich erstklassiges!

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin-Terpentinölware,
die noch nie erreichte Qualität.

Großer Weihnachts-Verkauf
Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfuchs-
Schnucks-Garnitur
am Gr. Frankfurter Str. 115
Pelzwaren-Haus
A. Klass & Co.
Rosenthaler Straße 40-41
am Hakenfeld Markt

Westmanns
Traner-Magazin
Frühe Auswahl.
Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frankf. Str. 115
(nahe Lindenstr.)
Auswahlendung frei.
Am Zentrum 7800
Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Graveure u. Ziseleure
Die Branchenkonferenz am 15. Dezember
findet umständlicher nicht statt.

Vertrauensmänner-Konferenz
der Kohleger und Helfer
Arbeit nicht am 15., sondern am Montag, dem
19. Dezember 1921, abends 7 Uhr, im Ge-
werkschaftshaus, Sohl 10, hat.

Die Ortsverwaltung.

Glühlampen
Halbwattlampen u. (Emit.)
Elektro-Insul.-Materialien
kauft
Schneider, Bernauer Str. 101
Nebenarb. 11.

Metallhandelsstelle
Osten,
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof
Einladung
zu der am Donnerstag, den 22. d. Mts., abends
8 Uhr, im Restaurant Richard Schauer,
Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 84, statt-
findenden ordentlichen Ausschusssitzung der
Dezernat der Arbeitgeber und der Versicherten.

Tagesordnung
1. Mitteilung des Vorstandes vom 19. 12. 21.
2. Wahl eines Prüfungsausschusses zur Prüfung
der Jahresrechnung für das Jahr 1921.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand
des Allgemeinen Ortskrankenkassen
für Berlin-Tempelhof
gez. Paul Köllmer, 1. Vorsitzender.

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
E. ENDMANN
Schöneberg, Wilm. 60
1. 12. 1921, Wilmersd. 300

Teilzahlung
Grammophon
Lautsprecher
Klaviere
Gitarren
Schmidt
Petersburger Str. 23 1.

Altmetalle
unverbleibbare Preise
zahlt Sadstr. 34, Hof

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a.
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,
alles aus Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäse, Teppiche, enorm
billig! Pelzwaren: Kreuzfuchs 300, Zobel fuchs 400 blau, Silberfuchs, Skunks, Wäse,
Luchs, Sportpelz 500, Gehpelz 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren

Vorbildliche Jugendarbeit

Zur Neuköllner Jugendpflegewoche

Das Bezirksjugendamt Neukölln, an dessen Spitze unser Genosse Stadtrat Karl Schneider steht hat in den letzten Monaten wiederholt von sich reden gemacht durch die außerordentlich energische Art, wie von ihm die Schundliteratur bekämpft wird. Nun ist, wie wir schon mitgeteilt haben, das Bezirksjugendamt Neukölln als erste Behörde im neuen Berlin an die wahrheitswerte Aufgabe herangegangen, allen an der städtischen Jugendpflege interessierten Kreisen zu zeigen, welche wertvolle Aufzucht die städtischen Jugendämter leisten können, wenn sie in fortschrittlichem sozialistischen Geist geleitet werden. Neukölln veranstaltet eine Jugendpflegewoche, die am Montag durch eine große Versammlung in der „Neuen Welt“ eröffnet wurde. Wir werden über den Verlauf der Woche zusammenfassend berichten. Heute seien nur einige Bemerkungen über die Bedeutung der Veranstaltung zu ihrem Geleit gebracht.

In der Zeit vor dem Kriege diente die öffentliche Jugendpflege der Behörden lediglich dazu, die Jugend für ihre spätere Aufgabe als Soldaten vorzubereiten. Es war alles darauf eingestellt, die jungen Menschen in mit widerlicher Untertanen-Knechtseligkeit, Fürsten- und Kriegsverherrlichung zu erziehen, und man scheute sich nicht, die nach Freiheit und Licht strebenden Arbeiterkinder im ekelhaftesten preussischen Drill verkrüppeln zu lassen. Das Gegengewicht gegen die behördlichen Bestrebungen der militaristischen Jugendpflege bildete in erster Linie die aus der Rot des Proletarierlebens impulsiv erwachsene Arbeiterjugendbewegung. In unerschrockenem Vorwärtsdrängen erstarbten die Organisationen der proletarischen Jugend, die einmal einen Kampf führten gegen die rücksichtslose Ausbeutung gerade der jugendlichen Arbeitskräfte und Lehrlinge durch die Unternehmer, zum andern aber in erster Bildungsarbeit die Lücken der Volksschulbildung auszufüllen strebten. Jetzt, wo so manche Behörde, zu deren Aufgabenkreis die Jugendpflege gehört, durch Sozialisten erobert wurde, ist es an der Zeit, die bis dahin für die Zwecke der herrschenden Klasse mißbrauchten Mittel und Einrichtungen in den Dienst einer wahrhaften Kulturarbeit an der Jugend zu stellen. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit herrscht in dem Bezirksjugendamt Neukölln. So kurz die Zeit ist, seit der diese Arbeit aufgenommen wurde, so hat sie doch schon wertvolle Früchte getragen.

Auch die bürgerliche Presse, soweit sie nicht jene kulturfeindliche Auffassung des Geistes von Potsdam, des widerwärtigen preussischen Drills, vertritt, muß die außerordentlichen Leistungen in der Bekämpfung der Schundliteratur anerkennen. So gibt z. B. die „Frankfurter Zeitung“ vom 9. November in ihrem Feuilleton einen Artikel wieder, in dem unter der Überschrift: „Neukölln voran!“ eingehend die Maßnahmen geschildert werden, die man zu einer wirksamen Bekämpfung der Schundliteratur ergriffen hat. Da heißt es:

Neukölln hat eine fast rein proletarische Bevölkerung, hat sich bei angelegentlichsten Finanzen um zehntausend Hausstände von Erwerbslosen zu kümmern und hat trotz dieser Sorgen zugunsten seiner Jugend den so schweren, so notwendigen Kampf gegen die Schund- und Schmutzliteratur mit einer Beharrlichkeit, mit einer Handlichkeit aufgenommen, die schon in verschiedenen Städten zur Nachfolge ermutigt. Das Bezirksamt gibt jedem Kinde für ein Heft Schundliteratur ein Heft anständiger Belletrik.

Im Rahmen der Jugendpflegewoche wird der bis jetzt den Kindern abgenommene Schmutz, der sich in über 40.000 Schundbüchern gesammelt hat, auf dem Tempelhofer Felde feierlich verbrannt werden. Die loderbrennenden Flammen dieses Verbrennungsaktes werden ein Zeichen dafür sein, daß die sozialistische Kulturarbeit an der Jugend viel besser und gründlicher mit allem Schmutz aufzuräumen versteht, den die kapitalistische Gesellschaft in ihrem einzigen Gesichtspunkte der Profit-erzeugung geschaffen hat, als diejenigen Behörden, die vor dem Kriege und zum Teil noch jetzt durch Schmutz des Militarismus und der Kriegsverherrlichung noch immer die Seelen der Jugend vergiften.

Heute, Mittwoch, wird um 10 Uhr vormittags die im Rahmen der Jugendwoche veranstaltete Ausstellung in der Neuen Welt eröffnet. Um 11, 4 und 8 Uhr finden Vorträge vor.

Lehrfilme statt. Die Ausstellung umfaßt Bücher, Lehrmittel, Sportgeräte, Arbeiten aus Kinderkassen, Bilder von Schülerwanderungen und dergleichen mehr.

Eine wichtige Parteipflicht!

In allen Zahlreichen und Versammlungen der Groß-Berliner Parteibeiräte der U. S. P. D. soll heute Abend über die Frage der Erhöhung der Parteibeiträge eine Urabstimmung vorgenommen werden. Wer selbst unter der sich stetig fortsetzenden Preissteigerung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens leidet, den braucht man nicht erst von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß auch der Partei erhöhte Beiträge zugesührt werden müssen. Ueberall im Reiche haben die Parteigenossen begriffen, daß mit den bisherigen Beiträgen kaum die notwendige Arbeit geleistet werden kann. Wir stehen vor den schwersten Kämpfen, die die volle Schlagkraft und Kampfesfähigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie erfordert, soll nicht die Arbeiterschaft den schwersten Schaden erleiden. Alle Parteien und Interessentengruppen rüsten bereits sieberhaft für die kommenden Auseinandersetzungen. Uns stehen freilich nicht die Kassen der Kapitalismächte zur Verfügung, wie erziehen uns nicht behördlicher Unterstützung, uns stehen auch keine Gelder aus ausländischen Quellen zu. Wir stützen uns nur auf die Opferwilligkeit unserer Parteigenossen und wir wissen, daß sie dabei ihr Äußerstes leisten werden.

Berlin darf nicht hinter dem Reiche zurückbleiben! Was der einzelne für die Partei tut, das tut er für sich und für die ganze Arbeiterklasse. Wir vertrauen darauf, daß auch unsere Berliner Parteigenossen sich für den erhöhten Beitrag entscheiden und sich außerdem dazu entschließen werden, soweit sie dazu in der Lage sind, schon für den Monat Dezember höhere Marken (Zehn Mark) zu entnehmen. Jeder gebe soviel er kann! Es ist die Sache eurer Partei und damit eure eigene Sache!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P.

Die Unregelmäßigkeiten bei der Wilmersdorfer Quäkerspeisung

Einen politischen Hintergrund hatte eine umfangreiche Anklage, die unter dem Ruderum Kohl und Genossen 10 Angeklagte, darunter sieben weibliche, vor das Schöffengericht führte. Sie wurden beschuldigt, fortgesetzt im Jahre 1920 aus den Vorratsräumen der in Wilmersdorf, Johann-Georg-Straße, eingerichteten Quäkerspeisung, von der die Schulen gespeist wurden, Paleten mit Lebensmitteln in ihre Wohnungen mitgenommen und andauernd die Quäkerspeisung auf diese Weise geschädigt zu haben. Im Laufe des Kampfes, den die Unabhängige Sozialdemokratie im Wilmersdorfer Stadtparlament gegen die dort herrschende Richtung führt, waren seinerzeit u. a. gewisse Vorgänge bei der Quäkerspeisung als Korruption zur Sprache gebracht worden, was dann zu der vorliegenden Anklage führte. In der Verhandlung wurde u. a. festgestellt, daß auf Veranlassung der Leiterin der Küche, d. h. der von der Stadt für die Quäkerspeisung bestellten Aufsichtsperson, angeordnet war, daß Speisereste den Angeklagten nach Hause mitgegeben werden könnten. Ferner ergab sich, daß in einigen Fällen Speisen an die Angeklagten verteilt wurden. Die Angeklagten kamen mit einem blauen Auge davon, indem das Gericht den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Siegfried Kron folgte, der u. a. ausführte, daß eigentlich nur die mitangeklagte Leiterin bzw. die Stadt, die es an der notwendigen Aufsicht habe fehlen lassen, als schuldig in Frage käme. Das Gericht ließ dementsprechend die Anklage wegen Diebstahls fallen und verurteilte die Angeklagten nur wegen einfacher Hehleret zu Gefängnisstrafen von 1 Woche bis 2 Monaten, ihnen allen außerdem noch die beantragte Bewährungsfrist bewilligend.

Vorträge für Schöffen und Geschworene. Genosse Dr. Kopp wird in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 99, drei Vorträge über kriminologische Themen abhalten und zwar jeweils pünktlich

um 7 Uhr abends am Freitag, den 16., 23. und 30. Dezember. Die Abende sind in erster Linie für diejenigen Parteigenossen bestimmt, die als Schöffen oder Geschworene tätig sein sollen, können aber auch von anderen Genossen und Genossinnen, die sich für den Gegenstand interessieren, besucht werden.

Ein Paar Schuhe — 2700 Mark

Die angeblichen Dollareinkäufe der Vera's Schuhe

Wie wir erfahren, hat das Bucheramt bei der Firma Vera mehrere tausend Paar Schuhe beschlagnahmt, weil dringender Verdacht übermäßiger Gewinne vorliegt. Die Firma erklärt uns auf eine Anfrage, daß es bei ihr tatsächlich Schuhe zum Preise von 2700 Mark gebe. Angeblich soll der Einkauf derselben zu 9 Dollars bei einem Kurse von 300 Mark erfolgt sein. Auf unsere Entgegnung, daß der Kurs von 300 doch erst vor ganz kurzer Zeit und nur wenige Tage gegolten habe, wurde behauptet, daß die Schuhe bereits in Deutschland gelagert haben sollen. Diese Darstellung muß bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit mit größtem Mißtrauen betrachtet werden, da es bekanntlich üblich ist, die Waren mindestens ein halbes Jahr vor dem Kleinvertrieb einzulagern. Auch der hohe Stand des Dollars kann an diesem Brauch um so weniger ändern, als sich schon aus der Entfernung Deutschland—Amerika eine längere Dauer zwischen Ein- und Verkauf notwendigerweise ergibt. Wenn die Schuhe in Deutschland schon gelagert haben sollen, so müssen sie doch schon früher bestellt sein, und man muß sich dabei erinnern, daß der Dollar noch im Mai auf 62 stand. Immerhin werden wir das Ergebnis der Untersuchung abwarten haben.

Uebrigens sind dieser Tage noch bei einer anderen bedeutenden Berliner Schuhfirma auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft durch das Bucheramt Erhebungen angestellt worden. — Die Sachverständigen, die mehrere Tage die Bücher geprüft haben, stellten fest, daß unter Zurechnung der bereits gekauften, aber noch nicht eingegangenen Waren ein Durchschnittsausschlag von 31 Prozent vorlag. Da nach einer Entscheidung der Preisprüfstelle 33 Prozent als zulässig gelten, ist es zweifelhaft, ob in diesem Falle Bucher vorliegt. Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft übergeben, von der die weiteren Maßnahmen abhängig sind.

Ein Weltrekord

Das Kraftwerk Zschornewitz der Elektrowerke A. G. erzeugt mit einer Tagesleistung von 2.407.000 Kilowattstunden die größte Menge elektrischer Energie, die bisher ein Elektrizitätswerk liefern konnte. Eine Leistung, die nicht nur Beachtung, sondern auch Anerkennung verdient, da die installierte Maschinenleistung nur 128.000 Kilowatt beträgt. Die Elektrowerke erzeugen jetzt unter Zugrundelegung einer mittleren Tagesleistung 16 Prozent der elektrischen Energie aller öffentlichen Elektrizitätswerke Deutschlands. Dreiviertel des Bedarfs an elektrischer Energie, der im Stadtbezirk Berlin verbraucht wird und die Hälfte des in Leipzig verbrauchten Stromes liefern die Elektrowerke. Hierzu kommt die Stromversorgung großer Industrieunternehmen und anderer Städte.

Kleine Chronik

Zwei geheime Spirituskrennereien wurden neuerdings in der Alexanderstraße 31 ausgehoben. Man entdeckte Geräte zur Spiritusfabrikation sowie fertigen und halbfertigen Spirit und beschlagnahmte die gesamte Einrichtung.

Die Kälte, die in den letzten Tagen durch besonders scharfe Ostwinde zugenommen hat, dürfte bald ihren Höhepunkt erreicht haben. In der vergangenen Nacht wurden bei starkem Frost 10 Grad Kälte gemessen. Die niedrigste Temperatur, die aus Russland gekommen ist, herrscht in ganz Nordost-, Mittel- und Südoberdeutschland vor, während es im Westen bedeutend gelinder ist. Weiter nach Osten steigert sich die Kälte. So wurden zum Beispiel in der letzten Nacht in Breslau sogar 18 Grad Celsius festgestellt. Die Kälte dürfte diesmal längere Zeit andauern. Nach vorübergehendem Tauwetter wird dann wieder erhebliche Abkühlung eintreten.

Ein bedenklicher Zusammenstoß zwischen einem Kohlenzug und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern in früher Morgenstunden an der Ecke der Wiener und Statler Straße. Durch den Anprall wurden der Straßenbahnführer und ein Fahrgast so

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Hübner. Copyright 1921 by Greifstein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(41. Fortsetzung)

Ohne eine Märtyrertode anzunehmen, versetzte Réal: „Ich wäre nicht der erste Schriftsteller, der verurteilt wird, weil er eingewurzelte Irrtümer bekämpft. Wir haben ja schon einige, denen ihre Überzeugung wichtiger war als ihr Vorteil. Ihr könnt mir glauben, daß ich mich nicht mit ihnen vergleiche. Aber es gibt doch noch Männer! Und ihr Beispiel beweist, daß man reden muß, wenn man etwas zu sagen hat. Sonst ist man ein...“

Aus Achtung vor seiner Frau ersetzte er das Wort, das ihm auf der Zunge lag, durch eine Gebärde. Sie ließ nicht nach.

„Du willst also unter die Politiker gehen?“

„Gott bewahre mich!“

„Was sonst? Befiebt es dir vielleicht, den Krieg abzuschießen?“

Alle drei lächelten mitleidig. Bloquet hob den Arm zur Zimmerdecke:

„Als wenn das möglich wäre!“

Coigny erklärte im Tone des Bedauerns:

„Lieber Freund, der Krieg ist ein Naturgesetz. Alle Tiere liegen im Kampf miteinander, die großen wie die kleinen. Und die Menschen eben auch.“

Réal streifte mit dem Zeigefinger die Asche von seiner Zigarette:

„Das müßte kommen. Ich habe schon lange auf die biologische Begründung gewartet.“

Bloquet sah verständnislos aus und fragte:

„Was für eine Begründung?“

„Die biologische... Sie ist allerdings blödsinnig. Der Kampf ums Dasein... Er wird von jedem Wesen einzeln, nicht von Gruppen geführt. Ein dunkler Trieb drängt zur Verbesserung der Gattung und zum Schutz vor der Entartung. Der Krieg bewirkt genau das Gegenteil. Er vernichtet die Schwächlichen und vernichtet die Volksgesundheit. Der Krieg steht tatsächlich im Gegensatz zu den Naturgesetzen. Alles andere ist Erfindung... ekelhafte Erfindung...“

Das war zuviel für Herrn Bloquet. Er sah nicht weiter als die Zeitungen, die er eifrig las, und konnte nur ein

Uebel: schlechte Geschäfte. Mit feierlicher Miene verkündete er:

„Lange nicht so ekelhaft wie die Tatsache, daß Frankreich im Jahre 1914 im Begriff stand zu entarten. Jeder dachte nur an sein Vergnügen. Aber sowie das Volk unter der Waffe stand, überschäumte es von allen männlichen Tugenden. Bitte! Können Sie das Gegenteil behaupten?“

„Ich werde mich hüten,“ beschwichtigte Réal. „Aber ich erlaube mir zu bemerken, daß Sie so sprechen, als freuten Sie sich der Brände, weil diese den Feuerwehrlenten Gelegenheit geben, ihren Mut zu zeigen, oder der Epidemien, weil sie den Opfermut der Krankenwärter erweisen.“

Bloquet fuhr ärgerlich mit dem Finger zwischen Krügen und Hals, um sich Luft zu schaffen. Coigny erinnerte sich eines Satzes, den er kürzlich gehört hatte, und ließ ihn als sein Eigentum glänzen:

„Kriege sind unvermeidlich, mein Bester. Ebnosogut wie Nieder mit dem Krieg!“ könnte man rufen: „Nieder mit dem Regen!“

„Sehr richtig,“ billigte Frau Réal.

„Blödig blödsinnig,“ verbesserte ihr Mann. „Wer läßt es regnen? Niemand. Wer erklärt den Krieg? Die Menschen. Wir können also sehr gut vermeiden, was wir selbst verursachen.“

Coigny erwiderte gereizt:

„Blödsinnig, blödsinnig. Sie gehen etwas weit. Wissen Sie, wer das geschrieben hat? Paul Bourget.“

Réal konnte das Laichen nicht verheizen.

„Bourget leidet an Zwangsvorstellungen.“

Frau Réal wollte dem ziemlich ratlosen Coigny zu Hilfe kommen. Sie sagte:

„Sprich doch keinen Unsinn. Es hat immer Kriege gegeben und wird immer Kriege geben.“

Diesmal wurde Réal wütend.

„Zum Teufel nochmal! Es wird solange Kriege geben, wie sich die Leute in den Kopf setzen werden, daß es welche geben muß. Die Kriege, die ihr meint, waren ja nur Soldnerputze. Man bezog in aller Seelenruhe Winterquartiere. Man kämpfte titterlich. Der Krieg war nur ein etwas gefährlicher Sport und wurde von Freiwilligen, denen die Sache Spaß machte, geführt. Eine ganz große Schlacht kostete alles in allem ein paar tausend Tote. Aber der moderne Krieg hat mit diesen Unternehmungen nichts mehr gemein. Es ist haarsträubend, versteht ihr, und es ist blödsinnig, ihn auf die gleiche Stufe mit den früheren zu

setzen. Es fehlt uns überhaupt ein Worte für den neuen Krieg; darin liegt ja die Quelle des Mißverständnisses. Ein Krieg, an dem das ganze Volk beteiligt ist, das ist kein Krieg, das ist eine Katastrophe. Seht doch selbst, wie weit wir sind. Frankreich ringt mit dem Bankrott, in Italien geht alles drunter und drüber, Rußland tappt im Dunkeln, England verliert heute Irland und kann morgen Ägypten und Indien einbüßen, Deutschland ist vernichtet, Oesterreich und die Türkei sind zugrunde gegangen. Die Preise steigen immer höher, Lumpenentele sind die Herren des Tages. Das ist der Erfolg des Krieges, für die Sieger wie für die Besiegten. Und ihr wollt neue Kriege? Ihr wollt nicht alles tun, ihr unendlich zu machen? Ihr seid wohl vom Wahnsinn der Selbstvernichtung besessen?“

Herrn Bloquets schwarze Neuglein blinzelten vor Zorn. Mehrmals hatte er versucht, das Wort an sich zu reißen. Endlich schrie er los:

„Er ist verrückt, er ist ein vollständiger Revolutionär geworden.“

In diesem Aufschrei lag etwas wie Angst. Réal hatte Mitleid mit der Aufregung des guten alten Mannes und fuhr ruhiger fort:

„Wenn die Bürgerschaft etwas Vernunft annähme, müßte sie begreifen, daß die Unterdrückung der Kriege ihren eigenen Vorteil bedeutet. Nur unter dieser Voraussetzung ist der wirtschaftliche Friede möglich. Sehen Sie sich dafür ein, daß man die Ausgaben für das Heer einschränkt! Den Bürgern ginge es dadurch um soviel besser, sie würden um soviel reicher, daß die Forderungen der Arbeiter ihre jetzt sehr einschneidende Berechtigung verlieren. Die Abschaffung der Kriege wäre die einzige unblutige Abwehr des Bolschewismus, den Sie so fürchten. Er ist in Rußland nur durch den Krieg entstanden. Er würde in Deutschland ausbrechen, sobald es zum Vergeltungskrieg kommt und vielleicht in Frankreich bei der nächsten Mobilisierung. Denn wir schreiben nicht mehr 1914. Die Kämpfer haben Erfahrungen gesammelt, die nicht vergessen werden. Das ist Ihnen doch klar?“

Nun brach Coigny los:

„Also kein Heer mehr, kein Vaterland?“

Réal machte eine ausweichende Gebärde.

„Sie fragen mich zuviel. Ich kann Ihnen nur raten, die Augen etwas weiter offen zu halten als bisher, und kann Ihnen nur sagen, was ich sehe.“

(Fortsetzung folgt.)

